

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Ausnahmezustand und Säuberung der Gerichte

Unmittelbar vor der Verkündung eines Urteils der Obersten Gerichts über die Rechtmäßigkeit seiner Wiederwahl im Oktober hat General Musharraf am 3. November den Ausnahmezustand (*Emergency*) ausgerufen. Die Richter des Obersten Gerichts Pakistans und der Provinzen wurden erneut vereidigt. Die meisten von ihnen lehnten jedoch den Eid auf die neue Ordnung ab und verloren damit nach Auffassung der Regierung ihr Amt. Dazu gehören der Oberste Richter, Iftikhar Muhammad Chaudhry, und sein Stellvertreter Rana Bhagwandas. In seiner Fernsehansprache verwies Musharraf erwartungsgemäß auf die Bedrohung durch Terroristen und Extremisten als Rechtfertigung seines Schritts. Im dem auf Englisch gehaltenen und offensichtlich für ausländisches Publikum bestimmten zweiten Teil der Rede stellte er klar, dass man von Pakistan nicht die gleichen Menschenrechtsstandards erwarten könne wie von westlichen Ländern. Kaum ein politischer Beobachter wollte Musharrafs Argumentation folgen, zu offensichtlich war die Verbindung mit seiner Wiederwahl, die der „gesäuberte“ *Supreme Court* inzwischen abgesegnet hat – genauso wie er alle Einwände gegen den Ausnahmezustand verwarf. Kritiker bezeichneten den Notstand auch aus anderen Gründen sogleich als Mogelpackung: In Wirklichkeit handele es sich um die Verhängung des Kriegsrechts, also um eine Art zweiten Putsch Musharrafs gegen seine eigene Regierung. Sie wiesen darauf hin, dass ein Notstand unter bestimmten Kriterien gemäß der Verfassung verhängt werden könne, während Musharraf jedoch die Verfassung außer Kraft gesetzt habe. Auch habe er das Notstandsdekret nicht als Präsident, sondern als Armeechef unterzeichnet. Auch unter dem Ausnahmezustand gingen die Proteste von Anwälten, Menschenrechtsaktivisten, Oppositionspolitikern und Journalisten gegen das Musharraf-Regime täglich in allen Landesteilen weiter, obwohl es viele Verhaftungen gab und die Sicherheitskräfte mit großer Brutalität vorgingen. Tausende von Menschen wurden verhaftet und viele weitere unter Hausarrest gestellt; inzwischen sind zwar die meisten wieder frei, aber eine Reihe prominenter Regierungs-Gegner wie der Anwalt Aitzaz Ahsan stehen weiter unter Hausarrest. Zum ersten Mal seit vielen Jahren sind auch die Universitäten wieder stark politisiert und es kommt dort regelmäßig zu Protestkundgebungen. Musharraf legte am 29. November seinen Amtseid für weitere fünf Jahre als Präsident Pakistans in Zivil ab und stellte die Aufhebung des Ausnahmezustands für den 16. Dezember in Aussicht.

Medien unter Druck

Neben den Gerichten wurden, wie schon das ganze Jahr über, die privaten TV-Sender zur Zielscheibe der Kritik durch Musharraf und seine Regierung. Sie warf ihnen negative Stimmungsmache und einseitige Berichterstattung vor. Unmittelbar nach der Verhängung des Notstands wurden die Nachrichtenkanäle auf Anweisung der Regierung aus den Kabelnetzen entfernt, so dass sie praktisch nicht mehr zu sehen waren. Private Satellitenschüsseln sind in Pakistan kaum üblich. Sender wie ARY und Geo mit Studios in Dubai konnten zwar von dort ihre sehr kritische Berichterstattung fortsetzen, aber nach einer Intervention der pakistanischen Regierung stoppte das Golf-Emirat für eine Weile auch den Satelliten-Uplink von dort. Pakistans Regierung verlangte von den Sendern, einen Verhaltenskodex zu unterschreiben, in dem sie sich (nach Ansicht der Regierung) zu fairer Berichterstattung verpflichten sollen; Regierungskritiker sprachen hingegen von Zensur. Inzwischen sind fast alle Kanäle wieder auf Sendung. Geo News, der wichtigste Nachrichten-Sender, ist allerdings weiter nur über Satellit zu empfangen. Außerdem sind eine Reihe von besonders kritischen Moderatoren vom Bildschirm verbannt worden.

Bhutto und Sharif zurück in Pakistan

Nach acht Jahren im Exil sind die Ex-Premiers Benazir Bhutto und Nawaz Sharif nach Pakistan zurückgekehrt. Unmittelbar nach Benazir Bhuttos Rückkehr kam es am 18. Oktober in Karachi zu einem Blutbad, als Attentäter ihren Konvoi inmitten einer jubelnden Menschenmenge angriffen und 140 Menschen getötet sowie über 500 verletzt wurden. Die Ermittlungen erbrachten bisher keine Ergebnisse. Nach Auffassung der Regierung handelte es sich bei den Attentätern um islamistische Terroristen, während Bhutto selbst ihre Gegner im Establishment, wie den Ministerpräsidenten des Punjab und den Chef des Geheimdienstes *Intelligence Bureau*, Ijaz Shah, als Hintermänner bezeichnete. Bhutto wurde nach ihrer Rückkehr zweimal kurzfristig unter Hausarrest gestellt, einmal in Islamabad, als sie eine Massen-Versammlung im benachbarten Rawalpindi veranstalten, und wenige Tage später in Lahore, als sie einen „Marsch für Demokratie“ anführen wollte. Am 25. November kehrte schließlich auch Nawaz Sharif nach Pakistan zurück – der Premierminister, den Musharraf 1999 aus dem Amt geputscht hatte. Ein erster Rückkehrversuch Sharifs im September war von kurzer Dauer gewesen, da er bereits vom Flughafen in Lahore wieder zurück nach Saudi-Arabien abgeschoben worden war.

Wahlen für den 8. Januar angekündigt

Die im Januar fälligen Parlamentswahlen sollen nun doch am 8. Januar stattfinden, obwohl nach Verhängung des Ausnahmezustands zunächst von einer Verschiebung „auf unbestimmte Zeit“ bzw. später dann bis Februar die Rede gewesen war. Die Regierung unter Shaukat Aziz trat verfassungsgemäß zurück, um einer Interimsregierung Platz zu machen. Diese wird vom Präsidenten des Senats Mohammad Mian Soomro geführt. Shaukat Aziz hat inzwischen angekündigt, bei den Neuwahlen nicht mehr zu kandidieren, so dass er auf keinen Fall wieder Premierminister werden wird. Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob die Opposition an den Wahlen teilnehmen würde; Bedenken gab es insbesondere angesichts der Pläne Musharrafs, die Wahlen unter dem Ausnahmezustand durchzuführen. Der ehemalige Cricket-Star und prominente Oppositionsführer Imran Khan bezog am klarsten Stellung gegen Musharraf und sprach sich für einen Boykott der Wahlen aus. Dem schloss sich am 29. 11. die Parteienkoalition APDM (*All Parties Democratic Movement*) unter Nawaz Sharif an. Im Gegensatz dazu entschlossen sich unter den Oppositionsparteien die PPP Benazir Bhuttos, die vor allem in der Nordwest-Grenzprovinz starke Awami National Party und die islamistische JUI von Fazlur Rahman, bei den Wahlen anzutreten. Letztere Parteien gehörten eigentlich zur APDM. Die Entscheidung von Fazlur Rahman zur Teilnahme bedeutet praktisch auch eine Spaltung der islamistischen Allianz MMA, deren andere wichtige Säule, die Jamaat-e Islami, hinter dem Boykott steht. Benazir Bhutto begründete ihre Entscheidung damit, sie wolle Musharraf nicht kampflös das Feld überlassen. Bei einem Boykott müsse die Regierung nicht einmal die Wahlen fälschen. Bei Redaktionsschluss dauerten Gespräche zwischen Nawaz Sharif und Benazir Bhutto über eine gemeinsame Position noch an. Nawaz Sharifs Nominierungsunterlagen wurden überdies am 3.12. von der Wahlkommission zurückgewiesen, da er wegen „Flugzeugentführung“ vorbestraft sei. Sharif hatte im Oktober 1999 im Vorfeld von Musharrafs Putsch angeordnet, dessen Flugzeug am Landen zu hindern.

Internationaler Druck auf Pakistan

Die Verhängung des Ausnahmezustands stieß auf massive Kritik ausländischer Regierungen, darunter der deutschen, und internationaler Menschenrechtsorganisationen. Das Commonwealth suspendierte Pakistans Mitgliedschaft am 22. November; bereits 1999 war Pakistan nach Musharrafs Putsch suspendiert worden. Die USA, der wichtigste Verbündete Pakistans, hatten Musharraf im Vorfeld eindeutig von der Verhängung des Ausnahmezustands abgeraten und mussten sich von der Missachtung ihrer Empfeh-

lungen brüskiert fühlen. Die Kritik aus Washington richtete sich in erster Linie darauf, Wahlen zu ermöglichen und den Ausnahmezustand möglichst bald aufzuheben. Die Entlassung hoher Richter und die Einschränkungen der Medien standen dagegen nicht im Vordergrund. Präsident Bush gratulierte Musharraf, nachdem der den Amtseid abgelegt hatte. Oppositionspolitiker in Pakistan kritisierten die wenig entschlossene Haltung der US-Regierung.

Neue Armeeführung

Ende November verabschiedete sich Pervez Musharraf nach 46 Jahren von der pakistanischen Armee. Mit General Ashfaq Kiyani hatte er bereits vorher seinen Nachfolger an der Spitze der Streitkräfte nominiert. General Kiyani werden gute Kontakte zu den USA nachgesagt, er bekleidete aber auch in der Regierungszeit Benazir Bhuttos hohe Ämter und dürfte ihr ebenfalls gelegen kommen. Seit Jahren hatte Musharraf versprochen, den Posten als Chef der Streitkräfte abzugeben. Unter seinen Begründungen, warum das doch unmöglich sei, war der Ausspruch, die Uniform sei seine „zweite Haut“, fast schon sprichwörtlich geworden. Wie die Macht zwischen dem zivilen Präsidenten Musharraf und der Armeeführung aufgeteilt ist, wird die Zukunft erweisen müssen. Da Musharrafs demokratische Legitimation zweifelhaft ist, hatte er sich bisher immer auch auf die Armee und seine Position als Armeeführer gestützt. Auffällig war, wie demonstrativ er in seinen Abschiedsreden die Armee und seinen Nachfolger Kiyani lobte. Nach der Verhängung des Ausnahmezustands hatte es massive Gerüchte gegeben, andere Generäle hätten gegen Musharraf geputscht. Musharraf sah sich sogar zu einem Dementi im Staatsfernsehen gezwungen.

Armee-Einsatz im Nordwesten

Im Nordwesten des Landes dehnte die Armee ihre Einsätze gegen die Taliban auf das Tal von Swat aus, ein touristisches Gebiet, das von militanten Anhängern des Mullah Fazlullah weitgehend eingenommen worden war. Fazlullah betrieb seit Jahren eine Radiostation in Swat, in der er seine Weltanschauung zuletzt sogar mit einer Lizenz der pakistanischen Behörden verkünden konnte. Kritiker warfen der Regierung denn auch vor, die prekäre Lage in Swat, die als eine Begründung für die Verhängung des Ausnahmezustands genannt wurde, bewusst herbeigeführt zu haben. Die Kämpfe in Swat forderten genauso wie in Waziristan an der afghanischen Grenze zahlreiche Todesopfer unter der Zivilbevölkerung. Tausende flohen aus der Region. In Waziristan wurden mehrmals Hunderte von Soldaten von den Taliban gefangen genommen und erst im Austausch gegen gefangene Militante wieder freigelassen.